

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Sicherheit und Konnektivität im Eisenbahnverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union
KOM-Nr.:	COM(2019) 88 final
BR-Drucksache:	BR-Drs. 78/19
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	MWVATT / VII 457
Zielsetzung:	Sicherstellung der Konnektivität im Eisenbahnbereich zwischen EU-27 und dem Vereinigten Königreich (VK) nach dem Brexit.
Wesentlicher Inhalt:	Zeitlich begrenzte Fortgeltung bestehender Sicherheitsgenehmigungen im Bereich der Schieneninfrastruktur (Kanaltunnel), bis die notwendigen bilateralen Abkommen zwischen VK und Frankreich abgeschlossen wurden.
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Das Subsidiaritätsprinzip ist eingehalten, das Ziel der vorgeschlagenen Maßnahme kann auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden.
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	Der Kanaltunnel wird u.a. durch DB Cargo genutzt. Ein ununterbrochener Weiterbetrieb nach dem Brexit im Kanaltunnel gewährleistet die weitere Durchführbarkeit aller Eisenbahnverkehre auch auf dem Kontinent mit Ausstrahlung nach SH.
Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.	a) BR-Vk 27.02.2019